

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 16

vom 20. April 2012  
Redaktion: Katja Richardt

## Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Winternotprogramm für Obdachlose beendet.....	3
Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung müssen neu geregelt werden .....	5

## Gesundheit und Verbraucherschutz

Strom- und Gasrechnungen müssen für jedermann verständlich sein.....	6
Generationengerechtes Hamburg: Neues Gesetz stärkt die Mitwirkung älterer Menschen .....	7

## Inneres

Polizeihubschrauberstaffeln Hamburg und Niedersachsen bilden Sicherheitsverbund.....	10
--	----

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Landeszentrale für politische Bildung vergibt den Klaus-Wildenhahn-Preis 2012 Hamburg an den Film "Mocracy".....	12
Hamburg bereitet sich frühzeitig auf verändertes Abitur vor .....	13
Schulbau bekommt neue Grundlage für vernünftige und maßvolle Bauplanung.....	15
Miniaturwunderland und Landeszentrale für politische Bildung präsentieren in acht Dioramen „Die Geschichte unserer Zivilisation“ .....	16
Offen für Europa und die Welt.....	18
Vier Schüler qualifizieren sich beim Finale in Hamburg erfolgreich für die Bundesebene des Wettbewerbs Jugend debattiert .....	21

## Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Schallschutz für Anwohner verbessert .....	24
Hamburg baut für die Zukunft.....	27

## Kultur

Edwin-Scharff-Preis 2011 an Peter Piller .....	29
Hamburg zeichnet innovative Ideen in der Musikwirtschaft aus.....	31

## Metropolregion

Metropolregion Hamburg wächst auf fünf Millionen Menschen.....	32
--	----

## Zur Information

Die ganze Stadt von A bis Z – Hamburg Handbuch 2012/2013.....	35
Gemeinsame Veranlagung eingetragener Lebenspartnerschaften bei der Einkommensteuer.....	36
Terminkalender .....	37

16. April 2012/basfi16

## Winternotprogramm für Obdachlose beendet

### Vor allem Menschen aus Osteuropa haben die Notunterkünfte im Winter genutzt

Heute endet das diesjährige Winternotprogramm für Obdachlose. Die von der Stadt zusätzlich zur Verfügung gestellten Schlafplätze waren während des ganzen Winters zu über 100 Prozent ausgelastet. Im Gegensatz zu den Vorjahren wurde es überwiegend von Menschen aus Bulgarien, Rumänien und Polen in Anspruch genommen. Nur rund ein Viertel der 362 Übernachtungsplätze haben deutsche Obdachlose genutzt.

**Sozialsenator Detlef Scheele:** „In Hamburg musste auch in diesem Winter niemand auf der Straße übernachten. Besonders freut mich, dass es uns gelungen ist, rund 150 obdachlose Menschen in eine dauerhafte Bleibe zu vermitteln. Dies ist ein Verdienst der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohnungslosenhilfe. Dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken, ebenso wie bei der Hamburger Tafel für ihre Unterstützung während des Winternotprogramms.“

„Die hohe Inanspruchnahme des Winternotprogramms von Menschen aus Osteuropa, die hier eine Arbeit suchten und ohne Bleibe waren, hat uns vor große Herausforderungen gestellt. Mit der neuen Anlaufstelle für osteuropäische Obdachlose haben wir viele Menschen erfolgreich beraten und ihnen auf eigenen Wunsch ermöglicht, in ihr jeweiliges Heimatland zurückzukehren. Ich danke auch den beteiligten Konsulaten, dass sie uns dabei so tatkräftig unterstützt haben.“

#### *Auslastung zwischen 95 und 100 Prozent*

Während des Winternotprogramms vom November 2011 bis zum April 2012 hat es insgesamt 362 Übernachtungsplätze. Die 82 Schlafplätze in Wohncontainern bei Kirchengemeinden waren durchschnittlich zu 95 Prozent ausgelastet. Die 230 Schlafplätze in der zentralen Unterkunft in der Spaldingstraße und die 50 Plätze im Rumond-Walther-Haus in Altona waren zu über hundert Prozent ausgelastet.

#### *Erfolgreiche Vermittlung in eine feste Bleibe*

Durch das Winternotprogramm wurden auch wieder Menschen erreicht, die sonst kaum Hilfsangebote in Anspruch nehmen. Rund 150 Menschen kehrten nicht in die Obdachlosigkeit zurück, sondern leben nun in einer Wohnunterkunft (86 Personen), bezogen eine eigene Wohnung (38 Personen) oder gehen in eine Therapieeinrichtung (13 Personen). Sechs Menschen kehrten in ihre Familie zurück, sechs weitere zogen in ein Wohnprojekt oder in eine Kirchenkate.

#### *Kosten*

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) hat das Winternotprogramm mit rund einer Million Euro finanziert.

#### *Erfolge der Anlaufstelle für obdachlose EU-Bürgerinnen und Bürger*

Infolge der EU-Erweiterung reisen verstärkt Arbeitssuchende aus den neuen Beitrittsländern ein. Viele dieser Menschen haben keine Perspektive für eine Integration in unser Hilfesystem und die vorübergehende Aufnahme im Erfrierungsschutz stellt keine Lösung der Probleme dar. Für sie hatte die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration im November 2011 eine Anlaufstelle geschaffen.

Die beiden dort tätigen Sozialarbeiter haben während des Winternotprogramms 446 Menschen beraten und dafür gesorgt, dass 185 Menschen vorbereitet in ihr jeweiliges Heimatland zurückkehren konnten.

**Prof. Dr. Gerd-Winand Imeyer**, Honorar- und Generalkonsul von Bulgarien: „Ich begrüße es sehr, dass Hamburg als erste Stadt in Deutschland eine Anlaufstelle für osteuropäische obdachlose Menschen eingerichtet hat. Es ist wichtig, dass die Menschen in ihrer Muttersprache angesprochen werden. Deswegen unterstützt das Generalkonsulat von Bulgarien mit ehrenamtlich tätigen Übersetzern auch das Winternotprogramm mit der Anlaufstelle. Ebenso wichtig ist es jedoch für diejenigen Menschen, die hier keine Perspektive haben, dass ihnen bei der Rückkehr in ihr Heimatland geholfen wird.“

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration plant, die Anlaufstelle für osteuropäische EU-Bürgerinnen und Bürger auch über die Sommermonate mit einem Sozialarbeiter weiter zu führen.

*Wie geht es weiter nach dem Winternotprogramm?*

Alle obdachlosen Menschen, die einen Anspruch auf einen Platz in der öffentlichen Unterbringung haben und dort wohnen wollen, werden dort untergebracht. Osteuropäische Bürgerinnen und Bürger, die auf der Arbeitssuche sind, werden an gewerbliche Übernachtungsmöglichkeiten verwiesen. Zudem wird die Anlaufstelle für Osteuropäer prüfen, ob sie wieder in ihre Heimatländer zurückkehren können oder – sofern sie Sozialleistungsberechtigt sind – in öffentliche Unterbringung vermittelt werden können. Eine kurzzeitige Unterbringung in den Notunterkünften Pik As oder im Frauenzimmer ist in nur existenziellen Notlagen möglich.

#### **Hintergrundinformationen**

In Hamburg werden derzeit ca. 2.680 Plätze in Wohnunterkünften von wohnungslosen Menschen genutzt. Zudem können wohnungslose Menschen in Einrichtungen und Projekten von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege wohnen und betreut werden (rund 280 Plätze). Wohnungslosen Menschen stehen außerdem die Fachstellen für Wohnungsnotfälle zur Verfügung, deren Aufgabe es ist, Wohnungen an wohnungslose Menschen zu vermitteln bzw. bestehenden Wohnraum zu sichern.

Für obdachlose Menschen, die ein Leben auf der Straße jeder anderen Wohnform vorziehen, gibt es umfassende, niedrighschwellige Hilfsangebote: Sechs Tagesaufenthaltsstätten geben obdachlosen Menschen ganzjährig die Möglichkeit zu duschen, ihre Wäsche zu waschen, sich beraten oder auch ärztlich untersuchen zu lassen. Hier erhalten sie auch die Möglichkeit, zu essen und können sich eine Postadresse einrichten lassen. Weitere Anlaufstellen für obdachlose Menschen sind Bahnhofsmissionen, Suppenküchen und Essensausgabestellen. Eine Krankenstube mit 14 Betten und die „Mobile Hilfe“ bieten täglich eine medizinische und pflegerische Versorgung. Seit Mitte 2005 sind zudem Straßensozialarbeiter in der Innenstadt und in den Bezirken unterwegs, die obdachlose Menschen vor Ort beraten und sich bemühen, sie in das Hilfesystem integrieren. Bürgerinnen und Bürger, können die Sozialarbeiter über die Hotline-Nummer 4 28 28 5000 erreichen und sie ggf. über Obdachlose informieren, die Hilfe brauchen.

Weitere Informationen über Unterstützungsmaßnahmen für obdachlose Menschen in Hamburg gibt es im Internet unter [www.hamburg.de/obdachlosigkeit](http://www.hamburg.de/obdachlosigkeit)

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

[pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de) | [www.hamburg.de/basfi](http://www.hamburg.de/basfi)

16. April 2012/basfi16a

## **Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung müssen neu geregelt werden**

### **Senator Scheele fordert Bund zum Handeln auf**

Heute wurde eine Studie des DGB bekannt, die belegt, dass immer mehr Menschen aus unsicheren Beschäftigungsverhältnissen direkt in den Bezug von Hartz IV-Leistungen abrutschen. Ursache dafür sei die Zunahme von instabilen Beschäftigungsverhältnissen.

Hierzu Hamburgs Sozialsenator Detlef Scheele: „Diese Erkenntnis deckt sich mit unseren Erfahrungen. Auch in Hamburg sind mehrere tausend Menschen von diesem Problem betroffen. Immer mehr Menschen in Deutschland erhalten keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, obwohl sie zuvor Sozialversicherungsbeiträge bezahlt haben. Es gelingt ihnen nicht, die grundsätzlich erforderlichen zwölf Beitragsmonate innerhalb von 24 Monaten zu erreichen. Zunehmende Leiharbeit und Befristungen von Arbeitsverhältnissen sorgen dafür, dass viele Beitragszahler von Leistungen der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind.

Auf diese Veränderungen muss die Bundesregierung reagieren. Die Aufgabe der Arbeitslosenversicherung muss es sein, Arbeitnehmer auch in flexiblen Beschäftigungsformen zu schützen.

Der Grundsatz lautet für mich: Wer Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, muss im Fall der Arbeitslosigkeit auch Leistungen von ihr erhalten. Die Ausnahme, dass die Voraussetzungen zum Bezug von Arbeitslosengeld nicht erfüllt sind, muss auch wirklich eine Ausnahme bleiben.

Aus diesem Grund finde ich es richtig, die Rahmenfrist von 24 auf 36 Monate zu verlängern und gleichzeitig die Anwartschaftszeit von 12 auf 6 Monate zu senken.“

Zum Hintergrund: Von den 6.781 Personen in Hamburg, die allein im Monat Februar aus einer Erwerbstätigkeit heraus arbeitslos geworden sind, sind 2.602 direkt in den Rechtskreis des SGB II („Hartz IV“) gefallen. Dies entspricht einem Anteil von 38 %.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

[pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de) | [www.hamburg.de/basfi](http://www.hamburg.de/basfi)

16. April 2012/bgv16

## Strom- und Gasrechnungen müssen für jedermann verständlich sein

### Was Energieversorger seit 1. April mitteilen müssen

Seit 1. April gelten die Neuregelungen des Energiewirtschaftsgesetzes. Demnach müssen Strom- und Gasrechnungen einfach und verständlich sein. Verbrauchern soll dadurch nicht nur mehr Durchblick verschafft werden, sondern sie sollen auch zum Energiesparen angeregt oder ihnen der Wechsel des Anbieters erleichtert werden.

„Jeder sollte sich über seine Energiekosten im Klaren sein. Das setzt voraus, dass die entsprechenden Rechnungen gut verständlich sind“, so **Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Wenn Verbraucher obendrein den Anbieter leichter wechseln können, stärkt es den Wettbewerb und reguliert die Preise.“

Nach den neuen Bestimmungen darf ein Anbieterwechsel nicht länger als drei Wochen dauern. Die Frist beginnt dabei mit der Anmeldung des neuen Kunden beim Netzbetreiber. Energieversorger müssen zudem seit 1. April in ihren Rechnungen Vertragsdauer, Preis, nächstmögliche Kündigungsfrist und Zählernummer sowie den aktuellen Verbrauch im Vergleich zum Vorjahr bzw. zu anderen Kunden angeben. Eine Rechnung muss außerdem spätestens sechs Wochen nach Beendigung der Abrechnungsperiode oder des Lieferverhältnisses erstellt werden.

„Immer wieder beschwerten sich Verbraucher darüber, dass sie auch Monate nach Vertragsende keine Abrechnung erhalten“, berichtet **Günter Hörmann, Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Hamburg**. Wer keine oder eine fehlerhafte Abrechnung erhalte, solle den Versorger per Einschreiben mit Fristsetzung zur ordnungsgemäßen Abrechnung auffordern. Auf Beschwerden muss der Energieversorger innerhalb von vier Wochen mit einer Begründung antworten. Danach kann die Schlichtungsstelle Energie eingeschaltet werden. Die Anschrift der Schlichtungsstelle sowie die Kontaktdaten der Bundesnetzagentur als Aufsichtsbehörde müssen auf der Rechnung stehen.

Bei Fragen zur Energierechnung und zum Anbieterwechsel hilft die Energie- und Klimahotline der Hamburger Verbraucherzentrale unter der Telefonnummer 040/ 248 32 250 oder die Energierechtsberatung unter 0900/ 1 77 54 41 (1,50 €/Min. aus dem dt. Festnetz, mobil mehr). Termine für eine persönliche Beratung können bei der Verbraucherzentrale Hamburg unter der Telefonnummer 040/ 24 832-107 oder per Mail unter [termine@vzhh.de](mailto:termine@vzhh.de) vereinbart werden.

#### Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz  
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

17. April 2012/bgv17

## **Generationengerechtes Hamburg: Neues Gesetz stärkt die Mitwirkung älterer Menschen**

**Senatsentwurf sieht breitere Bürgerbeteiligung, Geschlechterquote und Vertretung von Migrantinnen und Migranten vor**

Der Senat hat den Entwurf eines Seniorenmitwirkungsgesetzes beschlossen, das die Zusammenarbeit und Rechte von Seniorenvertretungen regelt, eine breite Bürgerbeteiligung, ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis und die Berücksichtigung von älteren Menschen mit Migrationshintergrund vorsieht. Damit werden die seit den 70er Jahren bestehenden Beteiligungsrechte älterer Menschen in Hamburg an die veränderten Lebensverhältnisse angepasst und erstmalig auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

„Wir schaffen einen modernen Rahmen, um die vielfältigen Erfahrungen der Älteren für das Gemeinwohl zu nutzen. Das ist eine Chance für ein gelungenes Zusammenleben der Generationen. Das Gesetz verleiht auch denen eine Stimme, denen die Teilhabe an der Gesellschaft, z.B. durch ihre Pflegebedürftigkeit, schwer fällt“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**.

Die Zusammensetzung der Seniorenbeiräte auf Bezirks- und Landesebene soll die unterschiedlichen Lebenslagen von Seniorinnen und Senioren widerspiegeln und hinsichtlich der Erfahrungen, Interessen und Kenntnisse der Mitglieder eine wirkungsvolle Vertretung der Belange der älteren Menschen gewährleisten. Die Beteiligung der Beiräte bezieht sich nach der Neuregelung aber nicht mehr nur auf Belange der älteren Generation, sondern künftig auch auf Fragen des Zusammenlebens der Generationen. Das Seniorenmitwirkungsgesetz bildet damit den Rahmen für die aktive Mitwirkung Älterer in einer generationengerechten Stadt.

**Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks:** „Die Vertretung von Senioreninteressen soll eine starke Legitimation bekommen. Dazu sehen wir ein Stück direkte Demokratie, ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen in den Beiräten und die verpflichtende Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund vor.“

Das Seniorenmitwirkungsgesetz, das in Kürze unter [www.hamburg.de/senioren](http://www.hamburg.de/senioren) zum Download zur Verfügung steht, enthält folgende Schwerpunkte:

- Die bewährte Struktur aus Seniorendelegiertenversammlungen und Bezirks-Seniorenbeiräten auf Bezirksebene und dem Landes-Seniorenbeirat auf gesamtstädtischer Ebene wird beibehalten.
- Für die ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in den Seniorenbeiräten wird eine Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent eingeführt. Außerdem müssen in jedem Seniorenbeirat mindestens eine Frau und ein Mann mit Migrationshintergrund vertreten sein.
- Um die demokratische Basis für die gesetzlich verankerte Mitwirkung der Senioren in Hamburg zu verbessern, wird eine breitere Bürgerbeteiligung angestrebt. Organisationen und Gruppen, die Seniorendelegierte in die Delegiertenversammlung in den Bezirken entsenden können, werden breiter und offener definiert als bisher. Zusätzlich eingeführt wird die Möglichkeit durch Unterstützung von mindestens 20 Seniorinnen oder Senioren aus dem jeweiligen Bezirk Delegierte oder Delegierter zu werden.
- Die Delegiertenversammlung wählt elf Mitglieder für eine Amtszeit von vier Jahren in den Bezirks-Seniorenbeirat. Neu ist die Möglichkeit, auf Vorschlag der Gewählten bis zu acht weitere Mitglieder vom Bezirksamt berufen zu lassen. Kriterium für die Berufung ist dabei die gewünschte Breite der Zusammensetzung des Bezirks-Seniorenbeirats nach unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen - insbesondere Frauen/Männer und Migrationshintergrund - sowie die für die Arbeit erforderlichen Erfahrungen und Kenntnisse.
- Der Bezirks-Seniorenbeirat soll künftig die jeweilige Seniorendelegiertenversammlung im Rahmen von Bürgerbeteiligung aktiv einbeziehen, wenn auf diese Weise Seniorinnen und Senioren an Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, angemessen beteiligt werden.
- Die Mitwirkung in den Ausschüssen der Bezirksversammlung wird auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Dem Bezirks-Seniorenbeirat wird das Recht zur Mitwirkung und Mitarbeit als Sachkundige oder Betroffene in den Ausschüssen der Bezirksversammlung eingeräumt.
- Die Mehrheit des Landes-Seniorenbeirates wird aus gewählten Mitgliedern bestehen; die Bezirks-Seniorenbeiräte entsenden je ein Mitglied in den Landes-Seniorenbeirat. Zwei Mitglieder - eine Frau und ein Mann - werden gezielt als Vertretung der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund auf Vorschlag des Integrationsbeirates von der zuständigen Behörde berufen. Weitere sechs Mitglieder werden durch die Gewählten zur Optimierung der Zusammensetzung des Landes-Seniorenbeirates berufen.
- Der Tätigkeitsbericht des Landes-Seniorenbeirates wird mindestens alle zwei Jahre dem Senat vorgelegt, der ihn an die Bürgerschaft weiterleitet. Auf diese Weise beraten und unterstützen die Seniorenvertretungen den Senat und die Bürgerschaft in seniorenpolitischen Fragen.

## **Für den Hintergrund**

Fast 430.000 Hamburger Bürgerinnen und Bürger, also rund ein Viertel der in Hamburg lebenden Menschen, sind 60 Jahre und älter. Dieser Anteil älterer Menschen wird in Hamburg mittelfristig zunehmen, nach heutigem Kenntnisstand aber langsamer als in anderen Städten und Gemeinden. So wird sich nach den derzeitigen Vorausberechnungen der Anteil der Seniorinnen und Senioren bis zum Jahr 2030 auf rund 30 Prozent der Hamburger Bürgerinnen und Bürger erhöhen.

Über 500 Seniorinnen und Senioren engagieren sich derzeit als Delegierte in den Seniorendelegiertenversammlungen auf Bezirksebene. Davon wurden 105 in die sieben Bezirks-Seniorenbeiräte gewählt (jeweils 15). Jeder Bezirks-Seniorenbeirat entsendet ein Mitglied in den Landes-Seniorenbeirat, in den nach derzeitiger Regelung zusätzliche acht Mitglieder durch den jeweiligen Präses der für Seniorenpolitik zuständigen Behörde berufen werden.

Über ihre Arbeit informieren die Seniorenbeiräte selbst unter [www.lsb-hamburg.de](http://www.lsb-hamburg.de).

### **Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz  
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

20. April 2012/bis20

## Polizeihubschrauberstaffeln Hamburg und Niedersachsen bilden Sicherheitsverbund

Niedersachsen und Hamburg haben vertraglich eine stärkere Kooperation ihrer Hubschrauberstaffeln vereinbart. Bereits seit 2002 gibt es mit Blick auf den geplanten Ausbau der Zusammenarbeit der norddeutschen Länder Überlegungen für eine Zusammenarbeit der Polizeihubschrauberstaffeln. Ziel der Verhandlungen war es, die Einsatzverfügbarkeit der Hubschrauber zu optimieren und dabei gleichzeitig die Kosten zu reduzieren. Im Ergebnis trat mit Wirkung zum Jahresbeginn 2012 das Abkommen über die Kooperation der Polizeihubschrauberstaffeln zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg in Kraft.

**Hamburgs Innensenator Michael Neumann** sagte heute bei der Vorstellung der Kooperation: „Mit dem Vertrag wird länderübergreifend sichergestellt, dass die Polizei beider Länder ihre Aufgaben auch aus der Luft erfüllen kann. Das betrifft Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Wir hoffen, dass wir auch bei Wartung und Instandhaltung ohne Qualitätseinbußen künftig Geld sparen können.“

„Mit dieser Vereinbarung ist es gelungen, Effektivität und Effizienz dieser technisch und taktisch hochwertigen Einsatzmittel zu optimieren“, erklärte der **niedersächsische Innenminister**

**Uwe Schünemann** und machte deutlich: „Beide niedersächsischen Standorte in Hannover-Langenhagen und Neusüdende bei Rastede bleiben dabei dauerhaft gesichert und die ständige Einsatzverfügbarkeit von Polizeihubschraubern wird im Verbund mit dem nördlichen Kooperationspartner für das Flächenland Niedersachsen auf einem hohen Niveau gehalten.“

Hamburg stellt mit seinen zwei Polizeihubschraubern des Typs EC 135 die Einsatzunterstützung aus der Luft an allen Tagen im Jahr in der Zeit von 7 bis 19 Uhr sicher. Zentraler Standort ist der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel.

Die Polizeihubschrauberstaffel Niedersachsen verfügt aktuell über insgesamt vier Polizeihubschrauber und gewährleistet als eine der wenigen Fliegerstaffeln im Norden momentan eine Rund um die Uhr - Einsatzbereitschaft eines Polizeihubschraubers am Standort Flughafen Hannover. Vom Standort Rastede aus wird regelmäßig im Früh- und Spätdienst, phasenweise auch zusätzlich im Nachtdienst mit einem Polizeihubschrauber geflogen.

Neben dem bisherigen Aufgabengebiet unterstützt Hamburg bei Anforderung auf der Achse der Polizeiinspektionen Cuxhaven-Wesermarsch, Rotenburg, Stade, Harburg, Soltau-Fallingbostel sowie Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen im nördlichen Bereich, bei Bedarf auch auf dem übrigen Gebiet Niedersachsens. Die Hamburger Polizeihubschrauber stehen den niedersächsischen Kollegen wegen der

räumlichen Nähe äußerst schnell und für einen vergleichsweise langen Einsatzzeitraum zur Verfügung. Im Gegenzug nimmt Niedersachsen Einsätze zur Nachtzeit im Hamburger Stadtgebiet wahr.

Niedersächsische Hubschrauber werden im Gegenzug vor allem dann auf Hamburger Gebiet eingesetzt, wenn die Sichtverhältnisse es zur Nachtzeit für die Flieger aus Hamburg nicht mehr erlauben. So wurde beispielsweise erst in der letzten Woche in den Abendstunden mit Hilfe des Polizeihubschraubers aus Niedersachsen ein vermisstes Kind in Hamburg gesucht.

Die in Hannover-Langenhagen und Neusüdende stationierten Polizeihubschrauber sind mit einem sogenannten Missionsarbeitsplatz ausgestattet. Dabei beschäftigt sich ein speziell ausgebildetes drittes Besatzungsmitglied einzig mit der Bedienung der Video- und Wärmebildkamera sowie der sonstigen Einsatztechnik (z. B. Bildübertragung, Bildaufzeichnung). Die Piloten sind zudem mit einer speziellen Bildverstärkungsbrille ausgerüstet, die den Nachtflugbetrieb insgesamt sicherer und effektiver macht.

Hamburg profitiert auf diese Weise von den für Nachtflüge besser ausgestatteten niedersächsischen Polizeihubschraubern und kann außerdem auf zeitaufwändige Alarmierungen eigener Flugbesatzungen verzichten. Zusätzlich unterstützen die niedersächsischen Kollegen die Hamburger mit technisch hochqualifiziertem Personal auf dem Gebiet der Fluggerätetechnik (Avioniker), wodurch bei anstehenden Inspektionen und Reparaturen die Kosten für teure Fremdvergaben deutlich reduziert werden können. Die unterschiedlichen Hubschraubertypen sind dabei nicht von Bedeutung.

Im Zuge der bevorstehenden Übernahme luftverkehrsrechtlicher Vorschriften über den Betrieb von Luftfahrgerät durch die Europäische Kommission stehen bundesweit strukturelle und organisatorische Veränderungen an. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten könnten diese mit hohen Kosten verbundenen Änderungen mittel- und langfristig durch den Ausbau und die Intensivierung der Zusammenarbeit der Länder im Norddeutschen Raum kompensiert werden. Erste Schritte für eine potenzielle strategische Erweiterung der Partnerschaft sind bereits in der Planung.

Rückfragen:

**Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: [pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de) Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)

16. April 2012 / bsb16

## Landeszentrale für politische Bildung vergibt den Klaus-Wildenhahn-Preis 2012 Hamburg an den Film "Mocracy"

Die Landeszentrale für politische Bildung hat im Rahmen der 9. Dokumentarfilmwoche Hamburg den mit 2.000,- Euro dotierten Klaus-Wildenhahn-Preis an den Filmemacher Christian von Borries verliehen. Sein Dokumentarfilm „Mocracy“ konnte sich im Wettbewerb „direkt“ gegen vier weitere politisch-thematisierte Dokumentationen behaupten und bestach durch die assoziativen Verknüpfungen von Bildsequenzen und Motiven aus Populärkultur in Verbindung mit Kapitalismus-, Herrschafts- und Demokratiekritik; „dem visuellen Chaos neuer Medienwelten wird ein Ordnungsprinzip abgerungen, das versucht, gesellschaftliche Prozesse aufzuzeigen und kritisch zu hinterfragen“, so die Jury des Wettbewerbs, die in „Mocracy“ eine vielversprechende Form künftiger dokumentarischer Arbeiten sieht.

Die Jury, bestand aus Dr. Rita Bake (Landeszentrale für politische Bildung), Prof. Dr. Joan Kristin Bleicher (Professorin für Medien und Kommunikationswissenschaft, Universität Hamburg) und Christian Buß (Kulturredakteur, Spiegel online).

Die Erzählstrategien der Wettbewerbsfilme hätten in diesem Jahr nicht unterschiedlicher sein können, ebenso wenig die Meinungen der Jurymitglieder, so berichten die drei Fachleute selbst.

Zwei Schulen des Dokumentarfilms seien aufeinandergetroffen: der klassische Beobachtungsdokumentarismus auf die theoretisch-kritische Reflexion digitaler Bildwelten. In dieser Konfrontation sei die Entscheidung für die Moderne gefallen und gelte der zukunftsweisenden Chance, mit dem schier unendlichen Bildmaterial des Fernsehens, des Films und der Videoplattformen, dokumentarisch kreativ tätig zu werden.

Lobend erwähnt die Jury den Film „**Qu'ils reposent en révolte**“ von Sylvain George, der sich eher klassischer dokumentarischer Darstellungsformen bedient und in seiner behutsamen Annäherung an den Menschen ein Gegenmodell zu „Mocracy“ darstellt. Seine Stärke liege in dem emotional eindrücklichen Plädoyer für die Menschenwürde, seiner klaren Positionierung und seiner Aufforderung zu politischem Engagement, heißt es in der Begründung.

„Mocracy“ wird am Dienstag, 17. April 2012, um 20.00 Uhr, im Kino 3001, nochmals gezeigt.

### Für Rückfragen der Medien:

Annika Fritzsche,  
Tel. 4 28 23 48 08,  
E-Mail: [annika.fritzsche@bsb.hamburg.de](mailto:annika.fritzsche@bsb.hamburg.de)

17. April 2012/bsb17

## **Hamburg bereitet sich frühzeitig auf verändertes Abitur vor Schulbehörde informiert über Veränderungen ab 2014**

Schulsenator Ties Rabe hat Hamburgs Schulen über neue Abiturregelungen informiert. Ties Rabe: „Ab dem Schuljahr 2016/17 werden in allen Bundesländern gleich schwere Abituraufgaben gestellt. Darauf wollen wir Hamburgs Schulen rechtzeitig vorbereiten. 2014 werden wir deshalb das bestehende hamburgweite Zentralabitur in den Deutsch, Mathematik und Englisch auch auf die anderen Fächer ausdehnen.“

Die Abituraufgaben in Deutsch, Mathematik und Englisch werden wir darüber hinaus schon 2014 mit den Aufgaben in Bayern, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein abstimmen. Um die Lernzeit sinnvoller zu nutzen, sollen die Abiturprüfungen künftig erst im April stattfinden und nicht wie bisher schon im Januar/Februar. Wir wollen gerechte und leistungsorientierte Abiturprüfungen in allen Bundesländern. Damit sich Lehrer und Schüler rechtzeitig vorbereiten und den künftigen Oberstufenunterricht entsprechend planen können, werden die im Abitur 2014 geplanten Schwerpunktthemen in allen Fächern schon jetzt im Internet veröffentlicht.“

### **Sechs-Länder-Abitur 2014**

Hamburg arbeitet seit längerem in einer Arbeitsgruppe mit den Bundesländern Bayern, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein daran, das Abitur 2014 in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch abzustimmen. Für Hamburg ergeben sich daraus nur geringe Veränderungen, weil in diesen Fächern ohnehin seit langem ein Zentralabitur geschrieben wird.

Ausgehend von den geplanten nationalen Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife haben sich die sechs Länder darauf verständigt, in ihren Abiturprüfungen ab 2014 einige gemeinsame Aufgaben bzw. gemeinsame Aufgabenteile vorzusehen. Die Hamburger Fachreferenten für Deutsch, Mathematik und Englisch haben in der länderübergreifenden Fachkommission mitgearbeitet und dafür Sorge getragen, dass die Hamburger Belange sichergestellt werden.

Für Herbst 2013 ist vorgesehen, je eine Klausur in den drei Fächern mit gemeinsamen Aufgaben bzw. Aufgabenteilen im dritten Kurshalbjahr als Übung für das nachfolgende Abitur schreiben zu lassen. Die Musteraufgaben für Deutsch, Englisch und Mathematik sind jetzt unter [www.hamburg.de/abschlusspruefungen](http://www.hamburg.de/abschlusspruefungen) (Abitur 2014) veröffentlicht worden.

### **Zentrale Aufgabenstellungen in allen Prüfungsfächern ab 2014**

Vorgesehen ist für die Abiturprüfung 2014, dass die Zahl der Fächer mit zentral gestellten Aufgaben ausgedehnt wird. Die schriftlichen Abituraufgaben in den folgenden Fächern werden zentral von der Schulbehörde erstellt:

- Deutsch, Englisch, Spanisch, Russisch, Latein, Politik/Gesellschaft/Wirtschaft (PGW), Geographie, Geschichte, Religion, Philosophie, Wirtschaft, Psychologie (auf grundlegendem Anforderungsniveau), Mathematik, Biologie, Chemie, Physik, Informatik, Sport sowie Chinesisch, Polnisch, Türkisch und Portugiesisch.

Für die genannten Fächer werden gegenwärtig mit Beteiligung von Schulleitungen die Schwerpunktthemen entwickelt. Die Grundlagen-Broschüre „Regelungen für die zentralen schriftlichen Prüfungsaufgaben: Abitur 2014“ wird im Mai veröffentlicht.

**Ties Rabe: „Zentrale Prüfungsaufgaben sichern ein gerechtes Abitur und zugleich ein hohes Niveau in der Oberstufe. Die zentralen Prüfungsaufgaben beziehen sich auf Themen, die rund 50 Prozent des Oberstufenunterrichtes ausmachen und in den bestehenden Lehrplänen bereits verbindlich geregelt sind. Damit bleibt in der Profiloberstufe eine vernünftige Balance zwischen schulisch geprägten Themen und hamburgweiten Leistungsanforderungen erhalten.“**

#### **Abiturprüfungstermine zukünftig im April/Mai**

Ab 2014 soll der Termin für die schriftlichen Prüfungen am Ende des vierten Semesters der Studienstufe liegen. Damit wird erreicht, dass die Prüfungszeit zusammenhängend am Ende der Schulzeit liegt. Der Unterricht im vierten Semester steht für die Vorbereitung auf die Prüfung zur Verfügung. Die Themen der gesamten Studienstufe können Teil der schriftlichen Prüfung sein. Voraussichtlich liegt der Abiturtermin im Jahre 2014 Ende April/Anfang Mai.

Für Rückfragen der Medien:

#### **Behörde für Schule und Berufsbildung**

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de),

Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

17. April 2012/bsb17a

## **Schulbau bekommt neue Grundlage für vernünftige und maßvolle Bauplanung**

**Schulsenator Ties Rabe und Finanzsenator Peter Tschentscher haben unter Beteiligung der Senatskanzlei vereinbart den Schulbau in Hamburg auf eine neue Grundlage zu stellen. Ziel ist es die Schulbaukosten stärker zu kontrollieren und den Bau- und Sanierungsstau schneller beseitigen. Dadurch kann man mit dem gleichen Geld mehr Schule bauen.**

Schulsenator Ties Rabe: "Diese Vereinbarung ist ein großer Schritt nach vorn und wird den Schulbau beleben. Die Entscheidungen über den Umfang und die Kosten von Sanierungs- und Zubaumaßnahmen bekommen damit endlich eine klare, transparente und für jede Schule geltende Grundlage. Deshalb ist es sehr wichtig, dass künftig erstmals trennscharf für jede einzelne Schule sehr genau Fläche und Flächenbedarf sowie Gebäudezustand und Sanierungsbedarf im Rahmen eines Mietvertrages errechnet werden.

Besonders freue ich mich darüber, dass in diesem Zusammenhang erstmals ein realistischer Zielkorridor für die Kosten im Schulbau vereinbart wird, der alle Beteiligten auf eine vernünftige und maßvolle Bauplanung verpflichtet. Diese Maßnahmen liefern endlich allen Beteiligten klare Eckpunkte und Kriterien für den Schulbau. Dadurch werden Maßnahmen beschleunigt und entbürokratisiert, weil wir Streit und Diskussionen verringern. Zudem können wir so die manchmal unverständlich hohen Baukosten im Schulbau auf ein vernünftiges Maß begrenzen und dadurch mehr Schulen umbauen als bisher. Das wird alle Schulen freuen, die seit Jahren vergeblich auf Baumaßnahmen warten.“

Für Rückfragen der Medien:  
**Behörde für Schule und Berufsbildung**  
Peter Albrecht, Pressesprecher  
Tel: (040) 4 28 63 – 2003  
E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de),  
Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

18. April 2012/bsb18

## **Miniaturwunderland und Landeszentrale für politische Bildung präsentieren in acht Dioramen „Die Geschichte unserer Zivilisation“**

Ab dem 26. April 2012 präsentieren das Miniaturwunderland Hamburg und die Hamburgische Landeszentrale für politische Bildung mit „Die Geschichte unserer Zivilisation“ eine Ausstellung der besonderen Art:

in acht Dioramen, also detailgenau als Modell gestalteten Schaukästen, wird die Entwicklung von Siedlung, Politik, Militär, Machtausübung sowie der Wandel des gesellschaftlichen und politischen Lebens von den Jahren 5.500 v. Chr. bis zum Jahr 1942 dargestellt.

Zu sehen sind diese über 7.000 Jahre komprimierten Wissens in den Räumen des Miniaturwunderlandes, Kehrwieder 2-4, in Hamburg.

Unter der Fachberatung der Landeszentrale für politische Bildung ist eine Landschaft entwickelt worden, die die wesentlichen Bestandteile enthält, die menschliche Siedlung in Zentraleuropa ermöglichen: ein Berg für eine Burg oder Kultstätte, ein Fluss und eine Furt für die Infrastruktur, eine Siedlung, die sich zur Stadt entwickeln kann und eine landwirtschaftlich genutzte Fläche, die die Entwicklung von einer Agrargesellschaft bis zur Industriegesellschaft des beginnenden 20. Jahrhunderts zeigt.

Diese Landschaften werden von mehreren Tausend Miniaturen belebt.

Mit „Die Geschichte unserer Zivilisation“ ist dem Miniaturwunderland und der Landeszentrale für politische Bildung einmal mehr die enge Verknüpfung von unterhaltsamer Darstellung und politisch-historischer Bildung gelungen.

*Premiere hatte die Kooperation in den Jahren 2008/2009, als sieben Dioramen zur deutschen Teilung und Wiedervereinigung entstanden sind.*

*Die Ausstellung „Die geteilte Stadt“ ist nicht regelmäßig öffentlich zu sehen, kann aber unter <http://www.miniatur-wunderland.de/anlage/sonderausstellungen/berlin/geteilte-stadt/> angeschaut werden.*

Ziel beider Projekte ist es, politische Entwicklung, gesellschaftlichen Wandel und Themen wie soziales Leben, Gesundheit, Wirtschaft, Umwelt etc. in einer leicht verständlichen und zugleich historisch präzisen

Form darzubieten. Dabei werden keine konkreten historischen Ereignisse nachgezeichnet. Vielmehr werden Entwicklungen an symbolischen, weitgehend fiktiven Ereignissen im Diorama dargestellt.

Am 29. April 2012 wird das Magazin „Galileo“ bei Pro Sieben das Projekt in einem 60minütigen Special vorstellen.

Die Landeszentrale für politische Bildung wird für „Die Geschichte unserer Zivilisation“ eine Videoführung und eine DVD herausgeben. Diese wird ab Ende Mai 2012 im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorwall 1, erhältlich sein.

**Für Rückfragen der Medien:**

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann, Tel. 040 / 4 28 23 48 03, E-Mail: [sabine.bamberger-stemmann@bsb.hamburg.de](mailto:sabine.bamberger-stemmann@bsb.hamburg.de)

Annika Fritzsche, Tel. 040 / 4 28 23 48 08, E-Mail: [annika.fritzsche@bsb.hamburg.de](mailto:annika.fritzsche@bsb.hamburg.de)

19. April 2012/bsb19

## Offen für Europa und die Welt

### Teilnahme an Mobilitätsprogrammen für Auszubildende nimmt deutlich zu

Jugendliche, die am Mobilitätsprogramm der berufsbildenden Schulen teilnehmen, machen 6 Prozent eines Ausbildungsjahrgangs in Hamburg aus. Damit liegt Hamburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt (3 Prozent) und hat die von der Europäischen Kommission für das Jahr 2020 angestrebte Zielmarke von sechs Prozent bereits jetzt erreicht – Tendenz steigend. Schulsenator Ties Rabe begrüßt diese erfreuliche Entwicklung: „Unser Ziel ist es, Auslandsaufenthalte zu einem festen Bestandteil der Berufsausbildung zu machen. In einer globalisierten Wirtschaft tragen wir alle Verantwortung dafür, dass junge Menschen bestmöglich auf einen internationalen Markt vorbereitet werden.“

Rabe weiter: „Es ist wichtig, dass junge Menschen während ihrer Ausbildung Verständnis für andere Arbeitswelten und Kulturen gewinnen. Indem sie Praktika im Ausland absolvieren, nehmen sie zudem Einblick in andere Technologien und Arbeitsprozesse. Sie werden selbstsicherer, weltoffen und sensibel für Vielfalt. Das ist auch für den internationalen Wirtschaftsstandort ein großer Gewinn. Ich freue mich, dass viele junge Menschen diese Chance wahrnehmen.“

Rund 800 Auszubildende im zweiten Ausbildungsjahr nahmen im vergangenen Jahr im Rahmen des Mobilitätsprogramms an mehrwöchigen Auslandspraktika teil. Fast alle berufsbildenden Schulen in Hamburg sind beteiligt und führen weltweit verschiedene Mobilitätsprojekte durch. Dabei sind in den letzten Jahren intensive Partnerschaften und Kooperationen mit ausländischen Berufsbildungseinrichtungen, Unternehmerverbänden und einzelnen Betrieben gewachsen. Ein Großteil der Auslandsaufenthalte (56 Prozent) ist im Rahmen des Leonardo da Vinci-Mobilitätsprogramms der Europäischen Union (EU) finanziert. Die Organisation der Projekte in Hamburg wird zudem durch den Europäischen Sozialfond unterstützt. Der Kooperationspartner Arbeit und Leben e.V. verfügt dafür über ein weltweites Netzwerk von Partneragenturen und Kontakten zu Unternehmerverbänden, Kammern und Ausbildungseinrichtungen. Darüber hinaus bieten viele Ausbildungsbetriebe und international tätige Unternehmen berufsbezogene Auslandsaufenthalte für ihre Azubis an.

Neben den Betriebspraktika sind häufig auch fachbezogene Sprachkurse und Besuche von Berufsbildungseinrichtungen Teil der Mobilitätsprogramme. Übereinstimmend wird von den jungen

Teilnehmern bestätigt, dass sie dadurch selbständiger, selbstsicherer und sicherer im Umgang mit internationalen Geschäftspartnern werden. Sie gewinnen an Flexibilität und Teamfähigkeit. Kurz: Sie wissen, dass sie mit neuen Herausforderungen klar kommen können. Diese Fähigkeiten werden ebenfalls von den heimischen Ausbildungsbetrieben sehr geschätzt. Die Kammern und Unternehmerverbände in Hamburg unterstützen daher das Mobilitätsprogramm.

Um die Akzeptanz von Auslandspraktika in der Wirtschaft weiter zu erhöhen, können künftig mit Hilfe des European Credit System for Vocational Education and Training (ECVET) Lerneinheiten für Auslandspraktika formuliert und später zertifiziert werden. Damit könnten Auslandspraktika auch für die berufliche Ausbildungszeit angerechnet werden.

### **Einzelne Projekte stellen sich vor:**

#### **Köche, Fleischer und Traiteurs in Marseille**

Mit einem Leonardo da Vinci-Stipendium 3 Wochen im Ausland arbeiten: Das trifft seit 10 Jahren auf inzwischen über 300 Teilnehmer/innen der Staatlichen Gewerbeschule Gastronomie und Ernährung (G 11) zu. Allein im Jahr 2011 waren 81 Azubis der G 11 mobil. Damit war die G 11, Spitzenreiter aller berufsbildenden Schulen Hamburgs.

Die G 11 entwickelt durch direkte Vereinbarungen mit den Partnerorganisationen Lernmodule, die die beruflichen Besonderheiten des Gastlandes spiegeln. So wurde z.B. das Ausbildungsprojekt „Traiteur“ mit dem „Lycée et CFA Hôtelier Bonneveine“ in Marseille und Hamburg für angehende Köche, Fleischer, Fleischereifachverkäufer und Traiteurs vereinbart.

Neben dem Leonardo da Vinci-Programm ermöglicht das Deutsch-Französische Sekretariat für den Austausch in der beruflichen Bildung die Partnerschaft zur Hotelfachschule Marseille. Zudem zeigen Comenius-Projekte in einem Austausch mit Schweden (Täby/Stockholm) und Finnland (Turku) sowie in einem Austausch mit Frankreich (Le Mans) und Italien (Lecce) den Auszubildenden Arbeitsweisen, Ausbildungssysteme und kulturelle Besonderheiten der Partnerländer und Partnerschulen auf.

Kontakt: Doris Pudwill-Lehmann, Staatliche Gewerbeschule Gastronomie und Gewerbe (G 11),

E-Mail: [pudwill-lehmann@g-11.de](mailto:pudwill-lehmann@g-11.de)

#### **Erfahrungen im Einzelhandel von Liverpool**

Die Berufliche Schule Eppendorf (H 13) wertet den schulischen Teil der Berufsausbildung für Kaufleute im Einzelhandel seit mehreren Jahren durch einen dreiwöchigen Auslandsaufenthalt auf. 2012 fahren wieder 8 Azubis nach Liverpool. Das Programm umfasst zunächst einen 1-wöchigen Sprachkurs mit Focus auf die berufliche Tätigkeit. Im Anschluss daran folgen Praktika in Einzelhandelsbetrieben in Liverpool. In der zweiten Woche findet vormittags zusätzlich der Besuch der berufsorientierten Partnerschule statt.

Kontakt: Christiane Schadow, E-Mail: [christiane.schadow@hibb.hamburg.de](mailto:christiane.schadow@hibb.hamburg.de)

**Weitere Informationen zu Auslandsprojekten im Rahmen der beruflichen Ausbildung:**

Christiane Schadow,

Transnationale Mobilität, Hamburger Institut für Berufliche Bildung

E-Mail: [christiane.schadow@hibb.hamburg.de](mailto:christiane.schadow@hibb.hamburg.de)

**Für Rückfragen der Medien:**

<b>Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)</b> Dr. Angela Homfeld, Öffentlichkeitsarbeit Tel. (040) 42863-2842 E-Mail <a href="mailto:angela.homfeld@hibb.hamburg.de">angela.homfeld@hibb.hamburg.de</a> Internet: <a href="http://www.hibb.hamburg.de">www.hibb.hamburg.de</a>	<b>Behörde für Schule und Berufsbildung</b> Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 42863 – 2003 E-Mail: <a href="mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de">peter.albrecht@bsb.hamburg.de</a> , Internet: <a href="http://www.hamburg.de/bsb">www.hamburg.de/bsb</a>
--	--

19. April 2012/bsb19a

## **Wettstreit um die besten Argumente**

### **Vier Schüler qualifizieren sich beim Finale in Hamburg erfolgreich für die Bundesebene des Wettbewerbs Jugend debattiert**

Sachorientierte Debatten, genaues Zuhören, präzise Nachfragen – was Politikern nicht immer gelingt, ist für die Teilnehmer des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ eine Selbstverständlichkeit. Im Hamburger Rathaus debattierten nicht Abgeordnete, sondern Schülerinnen und Schüler. Im Rahmen des Landesfinales Hamburg qualifizierten sich dabei vier Finalisten für die Bundesebene.

Debattiert wird nach klaren Regeln: Pro Debatte vier Schüler, eine Streitfrage, 24 Minuten Dauer. Die 14-jährige Emily Philippi vom Christianeum (Othmarschen) überzeugte bei der Frage „Sollen Fußballvereine für das Fehlverhalten ihrer Fans stärker bestraft werden?“, dem Thema für die Klassen 8 bis 10. Sie argumentierte eindrucksvoll dagegen. Der 16-jährige Jakob Rehder von der Gelehrtenschule des Johanneums (Winterhude) konnte bei der Frage, „Soll die NPD verboten werden?“ den Landeswettbewerb der Jahrgangsstufen 11 bis 13 für sich entscheiden. Er trat überzeugend für ein Verbot ein.

Etwa 7.225 Schülerinnen und Schüler in 37 Schulen haben sich im laufenden Schuljahr in Hamburg an „Jugend debattiert“ beteiligt. Die beiden Debattensieger und die jeweils Zweitplatzierten Tim Viereck vom Charlotte-Paulsen-Gymnasium (Wandsbek) und Marvin Serra Glinski vom Gymnasium Heidberg (Langenhorn) vertreten Hamburg nun beim Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“ in Berlin. Eine fachkundige Jury hat die Debatten öffentlich nach Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft bewertet und die Sieger bestimmt. Als Preis für ihren heutigen Erfolg erhalten alle vier Sieger ein fünftägiges professionelles Rhetorik-Training, das sie gemeinsam mit den Siegern der anderen Länder auf die Bundesebene vorbereitet. Beim Bundesfinale am 23. Juni 2012 werden sich die besten Debattanten aus ganz Deutschland gegenüber stehen.

**„Jugend debattiert“ ist in Hamburg ein fester Bestandteil im Schulsystem. Ties Rabe, Senator für Schule und Berufsbildung, erklärte: „Bei Jugend debattiert setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit politischen Themen auseinander. Gleichzeitig lernen sie, sich eine eigene Meinung zu bilden und sich mit der Meinung anderer auseinanderzusetzen. Jugend debattiert macht**

## **Demokratie in der Schule lebendig und bietet für Lehrkräfte ein ideales Methodentraining für kompetenzorientierten Unterricht.“**

Barbara Duden, Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, betonte: „Lebendige und konstruktive Debatten führen uns zu tragfähigen Entscheidungen in der Politik. Debatten sind vor allem dann gut, wenn Pro und Kontra mit Sachverstand diskutiert und abgewogen werden. Diese Fähigkeiten trainieren Schüler bei Jugend debattiert und eignen sich dadurch wichtige Schlüsselkompetenzen für sich und für unsere Gesellschaft an.“

„Mit Jugend debattiert wollen wir Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrkräfte zu demokratischem Handeln motivieren. Dabei kommt es uns auf das individuelle, selbstverantwortliche Lernen ebenso an, wie auf die Bildung der Gemeinschaft, in der das Lernen geschieht. Das Debattieren verstehen wir als Modell – für kompetenzorientiertes Lernen, fairen Wettbewerb, politische Willensbildung und die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen“, sind sich die beteiligten Stiftungen einig.

### **Die Finalisten im Landeswettbewerb Jugend debattiert in Hamburg 2012:**

#### **Debatte Altersgruppe 1 (Klassen 8 bis 10):**

1. Platz: Emily Philippi, 14 Jahre, Christianeum (Othmarschen)
2. Platz: Tim Viereck, 14 Jahre, Charlotte-Paulsen-Gymnasium (Wandsbek)
3. Platz: Larissa Cosyns, 15 Jahre, Gymnasium Allermöhe
4. Platz: Benedikt Jeutner, 14 Jahre, Gymnasium Oberalster (Sasel)

#### **Debatte Altersgruppe 2 (Jahrgangsstufen 11 bis 13):**

1. Platz: Jakob Rehder, 16 Jahre, Gelehrtenschule des Johanneums (Winterhude)
2. Platz: Marvin Serra Glinski, 18 Jahre, Gymnasium Heidberg (Langenhorn)
3. Platz: Leonie Müller-Jensen, 18 Jahre, Gymnasium Hochrad (Othmarschen)
4. Platz: Niklas Wolff, 15 Jahre, Charlotte-Paulsen-Gymnasium (Wandsbek)

### **Hintergrund**

Seit über 10 Jahren erfolgreiches Debattentraining

Seit 2001 fördert „Jugend debattiert“ sprachliche und politische Bildung sowie Meinungs- und Persönlichkeitsbildung durch Fortbildungen für Lehrkräfte und Unterrichtsreihen an Schulen. Bundesweit beteiligen sich derzeit über 135.000 Schüler/innen und ca. 5.500 Lehrkräfte an über 800 Schulen.

In einer Debatte bei „Jugend debattiert“ äußern sich jeweils vier Jugendliche zu aktuellen politischen und schulischen Streitfragen. Jeder erhält zunächst zwei Minuten ungestörte Redezeit, in der er seine Position

– Pro oder Kontra – darlegt. Es folgen zwölf Minuten freie Aussprache. Für ein Schlusswort steht jedem Teilnehmer eine Minute zur Verfügung.

Der Landeswettbewerb in Hamburg wird von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Stiftung Mercator und der Heinz Nixdorf Stiftung in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz und der Behörde für Schule und Berufsbildung getragen. Die beteiligten Stiftungen haben seit 2001 rund 15 Millionen Euro für Jugend debattiert zur Verfügung gestellt. Initiator und Schirmherr von Jugend debattiert ist der Bundespräsident.

Weitere Infos unter [www.jugend-debattiert.de](http://www.jugend-debattiert.de)

#### **Für Rückfragen der Medien:**

<b>Pressebüro Jugend debattiert</b> Katharina May Tel. (0221) 16082 - 22 E-Mail: <a href="mailto:jugend-debattiert@neueshandeln.de">jugend-debattiert@neueshandeln.de</a> Internet: <a href="http://www.jugend-debattiert.de">www.jugend-debattiert.de</a>	<b>Behörde für Schule und Berufsbildung</b> Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: <a href="mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de">peter.albrecht@bsb.hamburg.de</a> , Internet: <a href="http://www.hamburg.de/bsb">www.hamburg.de/bsb</a>
--	--

16. April 2012/bsu16

## Schallschutz für Anwohner verbessert

### **Hamburg Airport startet gemeinsam mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und der Landesregierung von Schleswig-Holstein 9. Lärmschutzprogramm**

Hamburg Airport startet gemeinsam mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und der Landesregierung von Schleswig-Holstein das 9. Lärmschutzprogramm. Hintergrund ist die Novellierung des Fluglärmsgesetzes (FluLärmG) aus dem Jahr 1971, die 2007 durch den Bundesgesetzgeber beschlossen wurde. Seitdem waren die Landesregierungen aufgefordert, den neuen Lärmschutzbereich zu definieren. Nachdem die notwendigen und umfangreichen Berechnungsgrundlagen geschaffen waren, wurden die neuen Schutzzonen in Hamburg und Schleswig-Holstein im Januar/Februar 2012 durch die jeweiligen Fluglärmschutzverordnungen verabschiedet und sind Mitte April in Kraft getreten.

Nach dem Fluglärmsgesetz haben Anwohner in der neuen Tag-Schutzzone 1 und der ebenfalls neuen Nacht-Schutzzone Anspruch auf Erstattung von Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen. Dies beinhaltet Schalldämm-Maßnahmen an den Umfassungsbauteilen von Aufenthaltsräumen, wie den Einbau von Schallschutzfenstern oder die Dämmung von Dächern, als auch die Installation von Schalldämmlüftern in Schlafräumen.

„Ein großer Teil der Gebäude in den Lärmschutzzonen ist bereits durch unsere bisherigen Programme mit Schallschutzfenstern und Schalldämmlüftern ausgestattet“, sagt Michael Eggenschwiler, Vorsitzender der Geschäftsführung am Hamburg Airport. Er weist damit auf die insgesamt acht Lärmschutzprogramme hin, die der Flughafen in den vergangenen 30 Jahren in seiner Nachbarschaft bereits umgesetzt hat. Rund 38 Millionen Euro hat Hamburg Airport in diese Lärmschutzprogramme investiert.

Hamburgs Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau, begrüßt das neue Lärmschutzprogramm. „Lärm gehört zu den größten Umweltproblemen in dichtbesiedelten Regionen. Das neue Lärmschutzprogramm des Hamburger Flughafens gibt jetzt noch mehr Hamburgern die Möglichkeit, Zuschüsse für Lärmschutzmaßnahmen an ihren Wohnungen und Häusern zu beantragen und sich so besser gegen Fluglärm zu schützen.“

Schleswig-Holsteins Umweltministerin Dr. Juliane Rumpf sagte: „Ich freue mich, dass der Lärmschutz für die Bevölkerung im Umfeld des Hamburger Flughafens verbessert wird. Wir haben wichtige Grundlagen hierfür neu geschaffen. Mein Dank gilt auch der Flughafen Hamburg GmbH, die ihr Interesse am Thema Lärmschutz durch die vorzeitige Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus dem Fluglärmsgesetz zeigt und damit signalisiert, beim Lärmschutz der betroffenen Bevölkerung auch in Schleswig-Holstein weiterhin entgegen zu kommen.“

Teil der Neufassung des Gesetzes, das bundesweit gilt, sind neue Lärmschutzzonen. Wichtigste Neuerung ist die Einführung einer Nachtschutz- und zweier Tag-Schutzzonen. Welche Straßenzüge in welche Zonen fallen, ist in einem Straßenverzeichnis zusammengestellt. Detailpläne werden in den Bezirksämtern und bei betroffenen Kommunen in Schleswig-Holstein ausgelegt und können im Internet abgerufen werden.

Durch das neue Gesetz haben Anwohner bereits ab niedrigeren Schallwerten als bisher Anspruch auf Kostenerstattung für Lärmschutzmaßnahmen an ihren Gebäuden. In der Tag-Schutzzone 1 wurde dieser Wert bei Bestandsflughäfen von 75 dB(A) auf 65 dB(A) gesenkt, in der neu eingeführten Nacht-

Schutzzone gilt ein außerhalb des Gebäudes prognostizierter Wert von 55 dB(A). Außerdem umfasst die Nacht-Schutzzone jene Gebiete, in denen in Schlafräumen nachts regelmäßig (mindestens sechsmal pro Nacht) ein Schallwert von 57 dB(A) oder mehr prognostiziert wird.

Durch die Einführung der Nacht-Schutzzone haben nun auch Bewohner von Stadtteilen, in denen es bisher keine Förderung durch die Lärmschutzprogramme von Hamburg Airport gab, Anspruch auf Schalldämmmaßnahmen. Sowohl in der Tag-Schutzzone 1 als auch in der Nacht-Schutzzone werden neben den Schallschutzfenstern und Schalldämmlüftern bei Bedarf jetzt auch Dämmungsmaßnahmen an Fassaden und Dächern umgesetzt.

Hausbesitzer haben nach der Gesetzesnovelle Anspruch auf die Erstattung von Schallschutzmaßnahmen in Höhe von maximal 150 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Alles, was darüber hinausgeht, muss der Antragsteller übernehmen. Voraussetzung für die Erstattung einer Schalldämm-Maßnahme in den Gebäuden ist u. a. die Ermittlung des Bauschalldämm-Maßes (dies gibt an, inwieweit ein Gebäudeteil Schall dämmen kann) und die Feststellung, dass schallverbessernde Maßnahmen gemäß der 2. Fluglärmschutzverordnung notwendig sind.

Hamburg Airport macht seinen Nachbarn das Angebot, dass ein vom Flughafen beauftragter unabhängiger Gutachter das Wohngebäude besichtigt. In diesem Fall übernimmt der Flughafen die Kosten für den Gutachter in voller Höhe. Der Anspruchsbetrag (max. 150 Euro/Quadratmeter Wohnfläche) fließt dann vollständig in die baulichen Maßnahmen für den Schallschutz.

Auch bei den Handwerkskosten können sich Anwohner günstige Tarife sichern, da Hamburg Airport für alle Arbeiten Rahmenverträge mit Handwerksunternehmen abschließen wird. Durch dieses große Auftragsvolumen erhält der Flughafen günstigere Konditionen als ein einzelner Hauseigentümer. „Diese günstigeren Konditionen werden wir an den Antragsteller eins zu eins weitergeben“, sagt Michael Eggenschwiler. „Die Nachbarn profitieren direkt davon, indem sie für den ihnen nach dem Fluglärmgesetz zustehenden Höchstbetrag quantitativ mehr Schallschutz erhalten.“

Laut Fluglärmgesetz ist der Zeitpunkt der Erstattung in Abhängigkeit von der an einem Wohnhaus ermittelten Schallintensität zeitlich gestaffelt. In vielen Fällen entstehen gesetzliche Ansprüche daher erst sechs Jahre nach der nun erfolgten Festsetzung des Lärmschutzbereichs. Hamburg Airport hat sich jedoch zu Gunsten seiner Nachbarn dazu entschieden, den Ablauf dieser ihm gesetzlich eingeräumten Frist nicht abzuwarten. Jeder Nachbar, der Anspruch auf die Erstattung von Schallschutzmaßnahmen hat, kann daher sofort den Antrag stellen.

Durch seine acht Lärmschutzprogramme hat Hamburg Airport in den vergangenen 30 Jahren bereits 15.000 Wohneinheiten in der Nachbarschaft mit Schallschutzfenstern ausgestattet. Hinzu kommen 9.300 Schalldämmlüfter in Schlafräumen, die für frische Luft sorgen, ohne dass ein Fenster geöffnet werden muss.

Zur Erstattung der Kosten für die baulichen Schallschutzmaßnahmen müssen Anwohner bei ihrem jeweils zuständigen Bezirksamt oder ihrer zuständigen Bauaufsichtsbehörde (beim Kreis Pinneberg oder Stadt Norderstedt) einen Antrag stellen. Die Antragsformulare erhalten sie dort, oder im Internet unter [www.hamburg.de/fluglaerm\\_bzw\\_für Schleswig-Holstein unter www.schleswig-holstein.de](http://www.hamburg.de/fluglaerm_bzw_für_Schleswig-Holstein_unter_www.schleswig-holstein.de) - Suchwort: [Fluglärm](#).

Die Antragsbearbeitung erfolgt in zwei Stufen. In der ersten Stufe wird die Lage des Grundstücks geprüft. Liegt es in der Tag-Schutzzone 1 oder der Nacht-Schutzzone, fordert die zuständige Behörde (Bezirksamt oder Bauaufsichtsbehörde) bei Bedarf anschließend alle notwendigen Unterlagen vom Hausbesitzer an.

In der zweiten Stufe stellt ein Gutachter im Rahmen einer „Schalltechnischen Objektbeurteilung“ fest, welche Schallschutzmaßnahmen notwendig sind. Wählt der Eigentümer hierfür den unabhängigen Gutachter, den Hamburg Airport beauftragt, trägt der Flughafen die Kosten dafür. Für die Gutachterkosten muss der Antragsteller dann nicht in Vorleistung treten. Sie werden außerdem nicht auf die Höchstkostenbegrenzung angerechnet, so dass die volle Fördersumme für die schalltechnischen Maßnahmen verwendet werden kann.

Weitere Vorteile entstehen, wenn der Hausbesitzer für den Einbau Handwerksbetriebe wählt, die einen Rahmenvertrag mit Hamburg Airport haben. Denn in dem Fall gibt der Flughafen diese günstigen Konditionen eins zu eins an den Antragsteller weiter.

**Kontakt:** Kerstin Graupner; Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; 040 42840 3249;

[pressestelle@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsu.hamburg.de)

Stefanie Harder; Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Hamburg Airport; 040 5075 3611;

[presse@ham.airport.de](mailto:presse@ham.airport.de)

PRESSEMITTEILUNG

iba20

## Hamburg baut für die Zukunft

### Die HafenCity und die Internationale Bauausstellung IBA Hamburg mit innovativen Projekten auf der Hannover Messe 2012

**Hamburg, 20. April 2012.** Die zwei großen Stadtentwicklungsprojekte Hamburgs präsentieren sich als „Leuchtturmprojekte“ im Rahmen der Sonderausstellung Metropolitan Solutions auf der Hannover Messe. Ziel ist es, mit der Ausstellung „Stadt neu bauen“ einen internationalen Austausch über das intelligente Wachsen von Städten zu initiieren und anlässlich des IBA-Präsentationsjahres 2013 nach Hamburg einzuladen.

Mit der HafenCity und IBA ist Hamburg Schauplatz von zwei der bedeutendsten Stadtentwicklungsprojekte Europas. Beide vereint das Ziel einer europäischen Stadt, die sich den Anforderungen der Zukunft stellt. Mit der gemeinsamen Ausstellung „Stadt neu bauen“ initiieren HafenCity und IBA Hamburg zudem einen internationalen Dialog über die Zukunft der Metropole, in den auch Erfahrungen anderer europäischer Städte aktiv einbezogen werden. *„Im kommenden Jahr wird die IBA Hamburg nach einem siebenjährigen Entwicklungsprozess das große Präsentationsjahr feiern, wir wollen Gästen unsere Ansätze des innovativen Stadumbaus präsentieren und zum Dialog anregen“*, so Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg. Derzeit erhält die Elbinsel Wilhelmsburg – die größte bewohnte Flussinsel Europas – durch insgesamt rund 60 IBA-Exzellenz-Projekte neue Impulse. Dabei spielt der Klimaschutz eine zentrale Rolle. Das Klimaschutzkonzept „Erneuerbares Wilhelmsburg“ formuliert das Ziel, die Elbinseln schrittweise auf eine komplett regenerative Energieversorgung umzustellen. Bereits bis 2025 soll der Strombedarf und bis 2050 auch der Wärmebedarf der Gebäude durch erneuerbare und lokal erzeugte Energien gedeckt werden.

Mit der HafenCity wird eine ehemalige Hafen- und Industriefläche in der Hamburger City städtebaulich und architektonisch neu definiert. Nachhaltiges Bauen prägt die ca. 25jährige Entwicklung: Neben dem Umweltzeichen als Anreizinstrument für nachhaltiges Bauen setzt die HafenCity vor allem auf eine nachhaltige Stadtstruktur: *„Durch attraktive Wegeverbindungen und eine hervorragende Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr regt die HafenCity dazu an, das Auto stehen zu lassen“*, so Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung der HafenCity Hamburg GmbH. *„Die intensive Nutzungsmischung und eine hohe bauliche Dichte schaffen attraktive kurze Wege.“*

Herz der Ausstellung „Stadt neu bauen“ ist ein überdimensionaler Kompass, der symbolisch einen Weg in die Stadt der Zukunft weist. Statt Himmelsrichtungen zeigt er vier übergeordnete Ziele für die Metropole von Morgen an: Growing City“, „Open City“, „Smart City“ sowie „Civic City“. Strategien und Projekte, mit denen HafenCity und IBA Hamburg den Herausforderungen begegnen, werden anschaulich erläutert.

#### **Besuchen Sie die Ausstellung auf der Hannover Messe in der Halle 26, Stand B050.**

Am ersten Messttag, den 23. April, ist IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg vor Ort und steht für Fragen bereit. Um 13.50 Uhr nimmt er an einer Podiumsdiskussion „City of Future – Perspektiven und Ausblick“ im Forum Metropolitan Solutions teil. IBA-Projektkoordinator Christian Roedel hält am 27. April um 10.00 Uhr eine Präsentation mit dem Titel „Nachhaltiges Bauen – Die IBA Hamburg Kompetenz“.

## **IBA Hamburg:**

Auf den Elbinseln, südlich der Hamburger KernInnenstadt gelegen, entwickelt die Internationale Bauausstellung IBA Hamburg von 2006 bis 2013 innovative und nachhaltige Antworten auf die Zukunftsfragen der Metropolen. Rund 60 vorbildliche Projekte sollen die bisher vernachlässigten Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel stabilisieren und aufwerten.

## **HafenCity Hamburg:**

Auf einer Fläche von 157 Hektar entsteht nur rund 900 Meter vom Hamburger Rathaus entfernt eine New Downtown – eine lebendige Stadt mit maritimem Flair, die Arbeiten, Wohnen, Kultur und Freizeit miteinander verbindet. 45.000 Menschen werden hier arbeiten und 12.000 Menschen hier wohnen. Neben der zentralen Lage zeichnet sich die HafenCity durch ihren Anspruch an Urbanität und nachhaltige Entwicklung aus.

## **Weitere Informationen unter:**

<http://www.hannovermesse.de/de/ueber-die-messe/programm/highlights/metropolitan-solutions/leuchtturmprojekte/2012/iba-eine-reise-in-die-metropole-von-morgen>

## **Bildmaterial:**

Bildmaterial können Sie unter folgendem Link ansehen und herunterladen: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Zugang: [6pBNnmZv](#)

(Eine Anmeldung oder die Eingabe persönlicher Daten ist nicht erforderlich; der Pin-Zugang verliert 30 Tage nach Veröffentlichung der Pressemitteilung seine Gültigkeit.)

Oder über die Bilddatenbank der HafenCity Hamburg GmbH: <https://presse.hafencity.com/index.php>

## **Pressekontakt:**

### **IBA-Hamburg**

IBA Hamburg GmbH, Kristina Hödl, Leiterin Stabsstelle Presse, [kristina.hoedl@iba-hamburg.de](mailto:kristina.hoedl@iba-hamburg.de)

Tel.: 040 / 226 227-335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse,

[anna.vietinghoff@iba-hamburg.de](mailto:anna.vietinghoff@iba-hamburg.de) Tel.: 040 / 226 227-331 oder an [presse@iba-hamburg.de](mailto:presse@iba-hamburg.de)

### **HafenCity Hamburg GmbH**

Leiterin Kommunikation, Susanne Bühler

[buehler@HafenCity.com](mailto:buehler@HafenCity.com), Tel.: 040 / 37 47 26-14

16.04.2012/kb16

Edwin-Scharff-Preis 2011 an Peter Piller

## Stadt ehrt Künstler für herausragende Leistung

Im 125. Geburtsjahr von Edwin-Scharff ehrt die Freie und Hansestadt Hamburg den Künstler Peter Piller für seine herausragenden künstlerischen Leistungen.

**Piller, 1968 in Fritzlar geboren, zeichnet, fotografiert, sammelt und archiviert. Er** studierte **von** 1993 bis 2000 an der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg. Darauf folgen zahlreiche Ausstellungen im In- und Ausland sowie die Berufung an die Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig als Professor für Fotografie im Feld zeitgenössischer Kunst.

**Senatorin Prof. Barbara Kisseler:** „Es freut mich ganz besonders, dass Peter Piller diese Ehrung zuteil wird. Seine Werke prägen das Kulturleben der Stadt seit Jahren und erschaffen ein teils humorvolles, aber auch kritisch hinterfragendes Porträt unserer Alltagskultur, indem sie die Absurditäten unserer gewöhnlichen Lebenswirklichkeit sichtbar machen.“

Ausgangspunkt für seine künstlerischen Arbeiten und seine Sammlung bildet Pillers Tätigkeit für eine Hamburger Medienagentur, bei der er für die Archivierung von 150 Regionalzeitungen verantwortlich war.

**Über 7000 Fotos aus Lokalpresse, Internet und Nachlässen hat der** Künstler bisweilen in das „Peter Piller-Archiv“ überführt. Aus ihrem Kontext herausgelöst und nach subjektiven, teils absurd-komischen Motivgruppen à la „In Löcher blicken“ oder „Einweihungsbänder“ geordnet, umfasst das Ganze inzwischen über 80 Rubriken.

„Sein origineller Umgang mit den Medien Fotografie und Zeichnung beruht auf eigens ersonnenen Weisen des Dokumentierens, Archivierens und Kartographierens. Dabei geht Piller nicht zuletzt der Frage nach, wie sich „Wirklichkeit“ in unterschiedlichen Medien und auf Darstellungsebenen zeigt, beziehungsweise überhaupt hergestellt wird. Zum Vorschein kommen erstaunlich präzise und kohärente Bildikonografien, denen gewöhnlich kaum Beachtung geschenkt wird, die sich aber, und offenbar jenseits der Intentionen der Urheber, weitgehend unbewusst allgemein durchgesetzt haben“, so die siebenköpfige Fachjury in ihrer Begründung.

Der Edwin-Scharff-Preis zählt zu den traditionsreichen Auszeichnungen des Hamburger Senats und ist seit mehr als 55 Jahren ein unentbehrliches Instrument zur Förderung von Bildenden Künstlern. Der Preis

ist mit 7.500 Euro dotiert. Zu den bisherigen Preisträgern gehören unter anderem Ulrich Rückriem, Franz Erhard Walther, Anna und Bernhard Blume und Daniel Richter.

Die offizielle Preisverleihung findet am 15. Juni 2012 in der Sammlung Falckenberg statt.

Für Rückfragen:

Enno Isermann; Pressestelle der Kulturbehörde  
040 / 42824 – 207; enno.isermann@kb.hamburg.de

17.04.2012/kb17

## Der Hamburger Wettbewerb MUSIC WORKS wird zum zweiten Mal ausgeschrieben

### Hamburg zeichnet innovative Ideen in der Musikwirtschaft aus

Die Rahmenbedingungen für die Musikwirtschaft unterliegen massiven Veränderungen. Der Verkauf von physischen Medien geht insgesamt zurück, dafür werden eine Vielzahl von neuen Produkten und Leistungen rund um die Musik ins Leben gerufen. Die Musikwirtschaft in der Musikstadt Hamburg stellt sich diesen Veränderungen sehr erfolgreich. Die Kulturbehörde Hamburg unterstützt diesen Prozess seit 2011 mit dem **Wettbewerb Music Works**. In Zusammenarbeit mit der Hamburg Kreativ Gesellschaft werden auch in diesem Jahr wieder die drei innovativsten Geschäftsmodelle auf dem Musikmarkt mit Preisgeldern von insgesamt 50.000 Euro prämiert. Gesucht werden neue Geschäftsideen, die auf einer Verbindung von Musik und digitaler Technologie beruhen.

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler:** „Für den erfolgreichen Weg von einer innovativen Idee bis hin zu einem marktfähigen Geschäftsmodell ist nicht nur viel kreative Energie und ein enormes Durchhaltevermögen notwendig, sondern auch die finanzielle Unterstützung. Mit Music Works fördert die Kulturbehörde neue Angebote im digitalen Musikmarkt und gibt Anreize, sich dem Wandel in der Musikwirtschaft zu stellen.“

**Egbert Rühl, Geschäftsführer der Hamburg Kreativ Gesellschaft:** Nach einem erfolgreichen Start mit vielen spannenden Bewerbungen im letzten Jahr sehen wir dem diesjährigen Wettbewerb gespannt entgegen. Die drei Gewinner des vergangenen Jahres haben gezeigt, dass es an der Schnittstelle zwischen Musik und technologischer Innovation ein großes Entwicklungspotenzial für Unternehmen gibt – das ist Kreativwirtschaft pur!“

Bewerbungen sind ab sofort und bis zum 2. August 2012 möglich.

Mehr Informationen unter [www.hamburg.de/musicworks](http://www.hamburg.de/musicworks)

Für Rückfragen:

**Enno Isermann**, Pressestelle der Kulturbehörde  
040 / 42824 – 207, [enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)

**Jenny Kornmacher**, Hamburg Kreativ Gesellschaft  
040 / 87 97 986-10, [Jenny.Kornmacher@kreativgesellschaft.org](mailto:Jenny.Kornmacher@kreativgesellschaft.org)

20. April 2012/mr20

**Festakt zur Erweiterung:**

## **Wir erweitern den Horizont**

### **Metropolregion Hamburg wächst auf fünf Millionen Menschen**

**Die Erweiterung der Metropolregion Hamburg ist perfekt: zum 1. Mai 2012 sind das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Landkreise Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg, die kreisfreien Städte Hansestadt Lübeck und Neumünster sowie der Kreis Ostholstein als Mitglieder aufgenommen.**

Mit einem Festakt im Hamburger Rathaus haben die drei Ministerpräsidenten der Länder Mecklenburg-Vorpommern, **Erwin Sellering**, Niedersachsen, **David McAllister**, und Schleswig-Holstein, **Peter Harry Carstensen**, der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, **Olaf Scholz**, sowie die 19 Landräte und Bürgermeister der Metropolregion Hamburg die Erweiterung zur zweitgrößten Metropolregion Deutschlands besiegelt. In Anwesenheit von 300 prominenten Gästen feierten sie den Abschluss eines neuen Staatsvertrages und unterzeichneten ein neues Verwaltungsabkommen. Während der Staatsvertrag die Förderfonds zwischen den vier beteiligten Ländern festschreibt, regelt das Verwaltungsabkommen die Ziele, die Arbeitsstruktur und die Finanzierung der Metropolregion Hamburg.

Zum 1. Mai 2012 umfasst die Metropolregion Hamburg dann 17 Kreise und Landkreise, zwei kreisfreie Städte sowie die Stadt Hamburg. Die vier Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern sind ebenfalls Träger dieser Kooperation. Die Metropolregion Hamburg ist somit die erste Metropolregion mit Trägern aus den alten und neuen Bundesländern. In Zahlen heißt dies, dass die Fläche der Metropolregion Hamburg von 19.800 um gut 6.000 auf über 26.000 Quadratkilometer wächst. Die Bevölkerungszahl steigt von derzeit etwa 4,3 Millionen um circa 730.000 auf gut fünf Millionen Bewohnerinnen und Bewohner. Die Förderfonds, mit denen in der Region Projekte angeschoben werden, sind dann mit 300.000 Euro zusätzlich ausgestattet und umfassen 2,7 Millionen Euro jährlich.

Für die neugeschnittene Metropolregion stehen drei wichtige Aufgaben an: erstens, die Zusammenarbeit und Integration der neuen Partner. Es geht darum, die Kooperation in der neuen Struktur „einzuüben“ und zu „leben“. Zweitens, die Fortführung der Strukturreform: Aktuell wird die Einbindung der Wirtschaft in die Metropolregion Hamburg vorbereitet. Erweiterung und Strukturreform sind nur dann sinnvoll, wenn sie die Arbeit an den Projekten der Metropolregion Hamburg befördern. So wird die dritte wichtige Aufgabe die Fortentwicklung von gemeinsamen Leitprojekten sein. Es gilt, Projekte durchzuführen, die dem doppelten

Ziel der Metropolregion dienen - die Zusammenarbeit im Inneren zu festigen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit aller zu steigern.

**Zitate aus den Festreden und dem Podiumsgespräch mit den Landräten:**

**Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg:** „Unsere Region macht mit der heutigen Erweiterung einen qualitativen Sprung. Wir sind jetzt die Metropolregion mit und an den zwei Meeren, in der gut ein Prozent aller EU-Bürger leben – mit Hamburg als Kernstadt. Es wird uns nicht schwerfallen, in der Metropolregion ein echtes Wir-Gefühl entstehen zu lassen, denn die Alltagserfahrungen vieler Bürgerinnen und Bürger werden uns politisch und wirtschaftlich dabei helfen. Wir sind eins – und wollen auch so handeln. Deshalb müssen wir auch sagen, wo wir 2020 stehen wollen.“

**Erwin Sellering, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern:** „Die Erweiterung der Metropolregion Hamburg wird allen Beteiligten praktische Vorteile bringen. Der Vertrag, den wir heute unterzeichnen, ist aber auch ein Dokument unserer gemeinsamen norddeutschen Identität. Eine vernetzte regionale Infrastruktur, die Förderung von grenzüberschreitenden Projekten, ein gemeinsames Standortmarketing – all das macht die Metropolregion zu einem wichtigen Bestandteil für die norddeutsche Zusammenarbeit insgesamt.“

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein:** „Mit der Hansestadt Lübeck und dem Kreis Ostholstein deckt die Metropolregion künftig die Achse von Hamburg über Lübeck bis nach Fehmarn ab. Die Metropolregion wird daher vom Bau der festen Fehmarnbelt-Querung stark profitieren. Durch den Beitritt von Neumünster übernimmt die kreisfreie Stadt die Verbindung zwischen den nördlichen Landesteilen von Schleswig-Holstein und der Metropolregion und erhält so eine größere Entwicklungsverantwortung.“

**David McAllister, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen:** „Mit der Erweiterung der Metropolregion Hamburg wird die länderübergreifende Zusammenarbeit im Norden weiter verbessert. Das ist gut im Wettbewerb um Investitionen, Arbeitskräfte und Innovationen. Der Norden kann und wird einen wichtigen Beitrag zum erfolgreichen Gelingen der Energiewende leisten. Das gilt insbesondere für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Wind weht bei uns im Norden.“

**Jutta Hartwig, Landrätin des Kreises Segeberg:** „Wir arbeiten über Grenzen zusammen und stellen Weichen, wie beim Klimaschutz, ÖPNV, im Tourismus sowie durch die Stärkung des Wirtschaftsraums. Nebenher lernen wir vom besten Beispiel und setzen Ressourcen abgestimmt ein. Durch die Förderfonds sind viele Projekte umgesetzt worden. Von diesen profitiert nicht nur das Umland, sondern auch die Metropole. Hier zeigt sich, dass beide Teile eines Ganzen sind, die sich gegenseitig ergänzen. Die Metropolregion kennt keine Grenzen, denn sie wird durch Ihre Bewohner einfach gebildet.“

**Rolf Christiansen, Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim:** „An erster Stelle steht der fachlich-strategische Austausch, der es auch den „Neuen“ ermöglicht, an der Entwicklungsdynamik der Metropolregion Teil zu haben. Wir bringen viele Potenziale ein und sehen unsere Mitgliedschaft nicht als Einbahnstraße. Gemeinsame Projekte lassen uns Aufgaben anpacken, die im Alleingang nicht sinnvoll zu

lösen wären. Speziell für die Mecklenburger Kreise gilt es, die norddeutsche Identität zu stärken, global als Teil der Marke Hamburg wahrgenommen zu werden und die deutsche Teilung endlich Geschichte werden zu lassen.“

**Kai-Uwe Bielefeld, Landrat des Landkreises Cuxhaven:** „Es gilt jetzt, auch im neuen, größeren Zuschnitt der Metropolregion, die Kooperation mit Leben zu füllen, um der doppelten Zielsetzung unserer Regionalkooperation gerecht zu werden – den inneren Zusammenhalt zu stärken und fortzuentwickeln und gleichzeitig die externe Strahlkraft der Metropolregion Hamburg zu steigern. Hierzu bedarf es des Engagements aller Ebenen. Ich bin aus der bisherigen erfolgreichen Entwicklung heraus aber optimistisch, dass wir dies erfolgreich hinbekommen.“

Fotos und die Karte zum Download sowie den Staatsvertrag und das Verwaltungsabkommen finden Sie unter: [www.metropolregion.hamburg.de/](http://www.metropolregion.hamburg.de/)

**Rückfragen** unter:

Geschäftsstelle der Metropolregion  
Hamburg

Marion Köhler

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: +49(0)40 42841 2604

E-Mail:

[presse@metropolregion.hamburg.de](mailto:presse@metropolregion.hamburg.de)

[www.metropolregion.hamburg.de](http://www.metropolregion.hamburg.de)

16. April 2012/fb16

## Die ganze Stadt von A bis Z – Hamburg Handbuch 2012/2013

Der Behördenwegweiser „Mit Hamburg verbunden“ erscheint am 17. April 2012 in der neuen und aktualisierten Auflage. Das Hamburg Handbuch, erstellt in Zusammenarbeit mit dem Verlag Dumrath & Fassnacht, erleichtert es den Bürgerinnen und Bürgern, für ihre Anliegen den richtigen Ansprechpartner und den kürzesten Weg in die Hamburger Verwaltung zu finden.

Der Titel der diesjährigen Ausgabe ist der „igs – internationale Gartenschau Hamburg 2013“ gewidmet, die vom 26. April bis 13. Oktober 2013 ihre Besucher auf eine Zeit- und Weltreise durch die Kulturen, Klima- und Vegetationszonen dieser Erde führt.

Neben dem Telefonischen HamburgService mit der einheitlichen Behördenrufnummer 115 und dem Behördenfinder im Internet ist das Hamburg Handbuch eine zusätzliche Informationsmöglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Kontaktdaten aller wichtigen Ansprechpartner des öffentlichen Sektors in der Hansestadt sind darin ebenso zu finden wie kompakte Informationen über Aufbau, Aufgaben und Gliederung der Verwaltung.

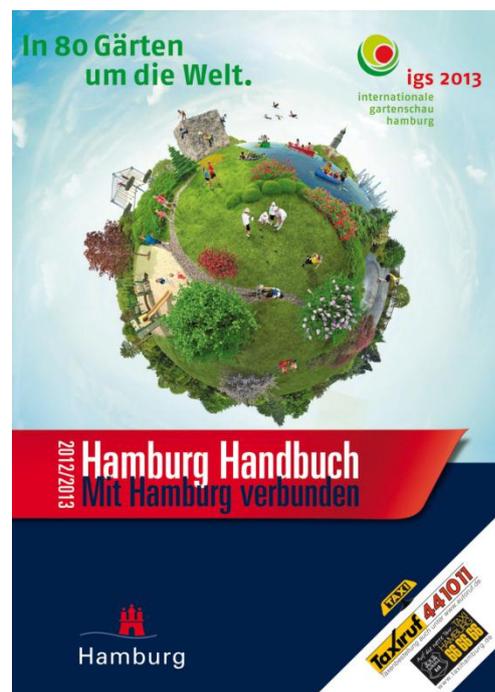
Das Handbuch wird vollständig über Anzeigen von Hamburger Firmen und Institutionen finanziert und kann deswegen den Bürgerinnen und Bürgern kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Unterstützt wird die Verteilung der Auflage von 180.000 Stück auch durch eine Vielzahl von Hamburger Unternehmen und Institutionen, die die Handbücher in ihren Filialen und Geschäftsräumen auslegen.

Ab dem morgigen Dienstag, dem 17. April 2012, ist die Neuauflage des Hamburg Handbuchs kostenlos in allen Bezirks- und Finanzämtern, den Hamburger Job-Centern der Arge, in 30 großen Filialen der Deutschen Post AG und der Postbank AG, in den T-Punkten der Telekom, den Öffentlichen Bücherhallen sowie bei der Handels- und der Handwerkskammer erhältlich. Das Hamburg Handbuch kann auch in den Zweigstellen der Commerzbank, HypoVereinsbank, Santander Bank, bei der HSH Nordbank und in Zweigstellen der Sparkasse Holstein abgeholt werden. „Mit Hamburg verbunden“ ist darüber hinaus bei den Hamburger Volkshochschulen und in vielen Einkaufszentren Hamburgs erhältlich.

Das Handbuch steht auch im Internet als Download unter <http://www.hamburg.de/handbuch> zur Verfügung.

### Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker  
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556  
E-Mail: [daniel.stricker@fb.hamburg.de](mailto:daniel.stricker@fb.hamburg.de)



16.04.2012/fb16a

## **Gemeinsame Veranlagung eingetragener Lebenspartnerschaften bei der Einkommensteuer**

Wie in Berlin können auch in Hamburg eingetragene Lebenspartnerschaften im Wege einer vorläufigen Einspruchsregelung die gemeinsame Veranlagung bei der Einkommensteuer erreichen.

Die entsprechenden Informationen stehen auch auf der Internetseite der Finanzbehörde unter [www.hamburg.de/steuern/aktuelles](http://www.hamburg.de/steuern/aktuelles) zur Verfügung.

### **Hintergrund**

Nach geltendem Recht ist bei der Einkommensteuer für eine Zusammenveranlagung und die Anwendung des Splittingtarifs weiterhin das Bestehen einer Ehe erforderlich. Anträge von eingetragenen Lebenspartnern auf Zusammenveranlagung und/oder die Eintragung der Lohnsteuerklassenkombination III / V werden deshalb von den Finanzämtern abgelehnt. Gegen einen ablehnenden Bescheid des Finanzamts auf Zusammenveranlagung oder Steuerklassenänderung kann aber Einspruch eingelegt werden; dieser ruht bis zum Abschluss der vor dem Bundesfinanzhof und dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren.

Der Einspruch kann mit einem Antrag auf Aussetzung der Vollziehung verbunden werden. Das hat zur Folge, dass eine Steuerzahllast aus dem Einkommensteuerbescheid bis zur Höhe des Differenzbetrages zwischen Einzel- und Zusammenveranlagung vorläufig nicht erhoben wird. Sollte das Bundesverfassungsgericht die bestehende Rechtslage und damit die bisherige Verwaltungspraxis bestätigen, wird der gewährte Steuervorteil zurückgefordert und außerdem mit 0,5 % pro Monat verzinst. Wann das Gericht entscheiden wird, ist derzeit nicht bekannt.

### **Rückfragen:**

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker  
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556  
E-Mail: [daniel.stricker@fb.hamburg.de](mailto:daniel.stricker@fb.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 23. April bis 29. April 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 23.04.2012

- 09:30** Albertinenhaus, Stellhopsweg 18 – 22  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Tagung des Hamburger Pflegerats** ein Grußwort.
- 10:00** Hotel Grand Elysée  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der **Eröffnung des „6. Deutsch-Afrikanischen Energieforums 2012“** ein Grußwort.
- 17:30** Rathausmarkt  
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Eröffnung der „Weltnacht des Buches“** teil.
- 18:00** MS Cap San Diego, Landungsbrücken  
Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt am **Admiralitätsessen der Stiftung Hamburger Admiralität** teil.
- 18:00** Rathaus, Kaisersaal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Senatsempfangs anlässlich der Jahrestagung der Hochschulrektorenkonferenz** ein Grußwort.  
  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt teil.
- 19:00** Rathausmarkt  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler liest im Rahmen der **Weltnacht des Buches beim „Fest der Lesefreunde“**.
- 19:00** „Louisiana Star“, Abfahrt Landungsbrücken  
Senator Frank Horch spricht ein Grußwort beim **Senatsempfang anlässlich des 6. Deutsch-Afrikanischen Energieforums 2012**.
- 20:15** Block Bräu, Bei den St. Pauli Landungsbrücken 3 a  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Eröffnung des „Block Bräu“** ein Grußwort.

### Dienstag, den 24.04.2012

- 00:00** Stockholm, Münchenbryggeriet  
Staatsrat Holger Lange nimmt anlässlich der Konferenz „Stockholm +40 Partnership Forum for Sustainable Development“ an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Sustainable cities: Mayors for sustainable development“** teil.
- 09:30** Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Berliner Tor 21  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich der **12. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)**.

- 11:30** Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstraße 9  
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Mitgliederversammlung des Vereins Hamburger Spediteure** ein Grußwort.
- 12:00** Leichtathletikhalle, Krochmannstraße 55  
Senator Michael Neumann eröffnet den **Aktionstag der Sportabzeichenaktion für Menschen mit Beeinträchtigungen**.
- 14:00** Clubhaus, Saarlandstraße  
Senator Michael Neumann hält anlässlich des **100jährigen Bestehens des Tennis- und Hockey-Club von Horn und Hamm e.V.** eine Rede.
- 17:00** Geschäftsstelle des Betriebssportverbandes Hamburg, Wendenstr. 20  
Senator Michael Neumann spricht anlässlich des **Empfanges des Betriebssportverbandes Hamburg e.V.** ein Grußwort.
- 17:45** Berlin, Auswärtiges Amt, Werderscher Markt 1, Weltsaal  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Festveranstaltung anlässlich der „Ostseetage“** teil.
- 18:00** Blohm & Voss Shipyard GmbH, Hermann-Blohm-Str. 3  
Staatsrat Wolfgang Schmidt hält im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Bundesverbandes der Personalmanager „BPM vor Ort“ einen **Vortrag zum Thema „Hamburg – eine Stadt der Möglichkeiten“**.
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal  
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich des **traditionellen Maiempfangs** eine Rede.  
  
Senatorin Jana Schiedek, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senator Detlef Scheele, Staatsrat Jan Pörksen, Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek und Staatsrat Michael Sachs nehmen teil.
- 19:30** Auditorium der Franz. Botschaft, Pariser Platz 5, 10117 Berlin  
Staatsrat Andreas Rieckhoff nimmt an einer **Diskussionsrunde zum Thema „Eisenbahnreformen in Europa“** teil.

**Mittwoch, den 25.04.2012**

- ganztägig** Deutscher Bundestag Berlin, Jakob-Kaiser-Haus, 10888 Berlin  
Staatsrat Michael Sachs nimmt an der **13. Sitzung der Stiftung Baukultur** teil.
- 09:00** Hochschule der Bundesagentur für Arbeit in Schwerin  
Senator Detlef Scheele hält bei der **Fachtagung "Generationsbrücke statt Generationenkonflikt" der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit** eine Rede.
- 10:00** Bundesrat, Leipziger Straße 3-4, Berlin  
Senatorin Jana Schiedek leitet die **900. Sitzung des Rechtsausschusses**.
- 10:00** Hotel Empire Riverside, Bernhard-Nocht-Str. 97  
Senator Frank Horch spricht ein Grußwort anlässlich des **See-Hafen-Kongresses 2012**.
- 11:30** EDEKA-Zentrale, New-York-Ring 6  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Jahrestagung für kaufmännische Ausbildungsleiter des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft** ein Grußwort.

- 12:00** Hannover, Messegelände  
Senator Dr. Peter Tschentscher besucht die **Hannover Messe**.
- 12:30** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Senatsfrühstücks für Förderer der Kinder- und Jugendkulturarbeit** ein Grußwort.  
  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt teil.
- 13:00** Schlosshotel Hugenoet, August-Thyssen-Str. 51, 45219 Essen-Kettwig  
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt am **zweitägigen Staatssekretärstreffen in Essen** vom 25.4.-26.4.12 teil.
- 14:00** Landesvertretung der FHH in Berlin, Jägerstraße 1 – 3  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt begrüßt die Gäste der **Fachtagung „Forschungsstrukturen und –kooperationen im Ostseeraum“** im Rahmen der Ostseetage.
- 15:00** Frankenstraße 35  
Senator Detlef Scheele eröffnet den **Standort Mitte des ESF-Projekts „come in“** mit einem Grußwort.
- 16:00** Bucerius Law School, Jungiusstraße 6  
Senator Detlef Scheele spricht bei der **Auftaktveranstaltung des regionalen Demographie Netzwerkes Hamburg** ein Grußwort.
- 18:30** Körber Forum, Kehr wieder 12  
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **Verleihung des Preises der BürgerStiftung Hamburg „Menschen verbinden – Zukunft stiften“** ein Grußwort.
- 19:00** Fairmont Hotel Vier Jahreszeiten, Neuer Jungfernstieg 9  
Bürgermeister Olaf Scholz hält im Rahmen des **KPMG Public Governance Roundtable** eine Rede.

#### **Donnerstag, den 26.04.2012**

- 09:00** Behörde für Justiz und Gleichstellung  
Senatorin Jana Schiedek begrüßt die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des **„Girls & Boys Day“** in der Behörde für Justiz und Gleichstellung.
- 10:30** Rathaus, „Auf dem Spiegel“  
Bürgermeister Olaf Scholz begrüßt im Rahmen des **„Girls Day“** die teilnehmenden Mädchen und Jungen.
- 11:00** Rathaus, Großer Festsaal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Verabschiedung des Rechnungshofpräsidenten Klaus Michael Meyer-Abich** ein Grußwort.  
  
Senator Detlef Scheele, Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrätin Elke Badde, Staatsrat Jan Pörksen und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen teil.
- 12:00** Museum der Arbeit, Wiesendamm 3  
Staatsrat Michael Sachs nimmt an der **Arbeitsgemeinschafts-Tagung der Wohnungswirtschaft** teil.
- 12:00** Südring 36, 22303 Hamburg  
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort bei der **Fachtagung "Bildung und**

## **Arbeit von Erwachsenen mit schweren und mehrfachen Behinderungen“.**

- 12:30** Hotel Atlantic, An der Alster 72-79  
Senator Frank Horch spricht anlässlich des **Branchendialogs des Bundesverbands Technik des Einzelhandels e.V. (BVT) und des Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)** ein Grußwort.
- 12:30** Jungfernstieg  
Bürgermeister Olaf Scholz startet die **Countdown-Uhr für den Beginn der „Internationalen Gartenschau Hamburg 2013“** und gibt das Startzeichen für den Dauerkartenverkauf.
- 13:00** Polizeipräsidium, Großer Sitzungssaal  
Senator Michael Neumann spricht anlässlich des **Opferschutztages der Polizei** ein Grußwort.
- 13:30** Im Stadthaus Halle, Marktplatz 2, Großer Saal  
Staatsrat Jan Pörksen nimmt am **Deutschen Städtetag in Halle** teil.
- 14:00** KörberForum, Kehr wieder 12  
Senator Detlef Scheele diskutiert mit der Zivilgesellschaft das künftige **Integrationskonzept**.
- 14:00** Buddestr. 25/ Krieterstraße 5  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Grundsteinlegung des Bildungszentrums „Tor zur Welt“** ein Grußwort.  
  
Senator Ties Rabe nimmt teil.
- 15:30** Rathaus, Turmsaal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der **Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes an Esther Bejarano** ein Grußwort.
- 17:30** Andel's Hotel, Landsberger Allee 106, 10369 Berlin  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort bei der **Jahrestagung des Aktionsbündnisses Patientensicherheit**. Anlass ist der Beitritt Hamburgs zum Bündnis als erste Landesbehörde.
- 17:30** Technische Universität Hamburg-Harburg, Schwarzenbergstraße 95  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt hält die **Festrede anlässlich der Preisverleihung des „Hamburger INNOTECH-Preises 2012“**.
- 19:00** Deichtorhallen, Deichtorstraße 1-2  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Eröffnung der Installation „Horizon Fields“ von Antony Gormley**.
- 19:00** Kempinski Hotel Atlantik, An der Alster 72-79  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **traditionellen Konsulardinners** ein Grußwort.  
  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jana Schiedek, Senator Ties Rabe, Senator Michael Neumann, Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrat Jens Lattmann, Staatsrat Wolfgang Schmidt, Staatsrat Holger Lange, Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek und Staatsrätin Elke Badde nehmen teil.

**Freitag, den 27.04.2012**

- 08:30** Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Weidenstieg 3  
Senator Ties Rabe **begrüßt die neuen Referendare** und spricht ein Grußwort.
- 09:00** Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Stadthausbrücke 8  
Staatsrat Michael Sachs spricht ein Grußwort anlässlich des **Empfangs einer Delegation Stadtplaner der Stadt München.**
- 11:00** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort zur Verleihung der **Ehrendoktorwürde an Herrn Professor Volkwin Marg** durch die HafenCity Universität Hamburg.
- 11:00** Radison Blue Resort Schloss Fleesensee, Schlossstr.1, 17213 Göhren-Lebbin  
Staatsrat Dr. Bernd Egert nimmt an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Life Science“ während der 3. IHK Nord-Biotechnologiekonferenz** teil.
- 16:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Ministerpräsidenten der Kapverdischen Inseln, José Maria Pereira Neves.**
- 18:00** Wandsbek Impuls, Wandsbeker Marktstraße 1  
Staatsrat Michael Sachs nimmt an der **Podiumsdiskussion Arena der Argumente zum Thema „Wohin steuert Wandsbek“** teil.
- 18:00** Kunst-Imbiss, Westwerk  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht anlässlich der **Neu-Eröffnung des „Brandneuen Kunst-Imbiss“** ein Grußwort.
- 19:00** Bergedorfer Rathaus  
Senator Ties Rabe spricht anlässlich der **Eröffnung der Bergedorfer Musiktage** ein Grußwort.
- 19:30** Hotel „Zur Traube“, Markt 9, 25541 Brunsbüttel  
Senator Frank Horch spricht als Festredner beim **„Nautischen Essen 2012“ des Nautischen Vereins Brunsbüttel.**
- 19:45** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20  
Senator Michael Neumann nimmt an der **Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg** teil.
- Sonntag, den 29.04.2012**
- 08:50** Glacischaussee, Ecke Millerntorplatz  
Senator Michael Neumann übernimmt das **Anglasen beim Haspa-Marathon.**